

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Vorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O, Müdersdorfer Str. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.
Postfach-Konto der Hauptkassa 9367 Berlin.

Schriftleitung:

Berlin O, Müdersdorfer Straße 60.

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen u. sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Schluß der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 Mk. (ohne Postgelde), bei Zusendung unter Kreuzband 1,70 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Petitzeile 40 Pfg.

Nummer 31.

Berlin, den 30. Juli 1911.

12. Jahrgang.

Warnungszeichen.

Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter ist kein absolut freies. Auch enthält es nicht den geringsten Schutz der Organisierten, im Gegenteil: Es beschützt und stärkt nur die, die sich nicht organisieren wollen. Dazu eine ungünstige Rechtsprechung, die in der Auslegung der einschlägigen Paragraphen sich nicht von Tendenzen freizuhalten vermochte. Trotzdem sind die Arbeiterorganisationen in Deutschland groß und stark geworden. Auch besteht über ihre Notwendigkeit gar kein Zweifel. Ihre wohlthätige Wirkung auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ist so offenkundiger Natur, daß ihnen die Anerkennung dafür nicht verweigert werden kann.

Die Stärke der gewerkschaftlichen Organisationen und ihre Erfolge auch unter dem bestehenden zweifelhaften Koalitionsrecht haben ihre Feinde nicht schlafen lassen. Offen und versteckt haben sie den Kampf gegen sie aufgenommen, wobei ihnen ihre wirtschaftliche Stärke und ihr gesellschaftlicher Einfluß besonders gute Dienste leisteten. Als erster und schärfster Rufer im Streit kommt der Zentralverband deutscher Industrieller in Betracht. Der in ihm verkörperte „Herr-im-Haus-Standpunkt“ denkt mit Grauen an die Möglichkeit, mit den Arbeitern an einem Tische zu sitzen und diese als gleichberechtigt anzuerkennen zu müssen. Herr Bued, der greise Führer genannten Verbandes, erblickt darin den Ruin der Industrie, und empfahl er bei seiner Amtsniederlegung im verflochtenen Winter den offenen Vertuschungskampf gegen die Gewerkschaften aufzunehmen.

Damit hatte Herr Bued den wirtschaftlichen Kampf, die Aussperrungsmachtprobe, im Auge. Auf den absoluten Erfolg einer solchen Schwört man jedoch auch in den Kreisen des Zentralverbandes deutscher Industrieller heute nicht mehr. Er (der Zentralverband) und seine übrigen Freunde begnügen sich daher keineswegs mit dieser Eventualität mehr, zudem man auf billigere Art das nämliche Ziel zu erreichen glaubt.

Die Zuchttausbildung unrühmlichen Angebens war vornehmlich auf genannten Zentralverband zurückzuführen. Mit Verschärfen derselben hat er seinen Lieblingsgedanken, das Koalitionsrecht der Arbeiter mit gesetzlichen Maßnahmen zu vernichten, nicht aufgegeben. Außerlich konnte man es ja frei lassen, weil es dann ungefährlich ist, seine Ausübung jedoch soll so mit Fesseln belegt werden, daß es praktisch wertlos wird. Dieses Ziel hat er unausgesetzt verfolgt, nur daß es zu bestimmten Zeitläuften schärfer in die Erscheinung tritt.

So auch jetzt wieder. Bekanntlich arbeitet der Reichstag an einer Veränderung des Strafgesetzbuches. Der Reichstanzler ließ nun im Winter durchblicken, nachdem er auf die bereits vorgeschlagenen Veränderungen hingewiesen, daß untersucht werden solle, ob und inwieweit es notwendig sei, die persönliche Freiheit und das persönliche Selbstbestimmungsrecht mehr als bisher zu schützen. Aus dieser Erklärung wittern die Scharfmacher aller Couleur Morgenluft. Haben die vorgeschlagenen Änderungen sowieso schon äußerst Bedenkliches an sich, so gehen die Scharfmacher gleich auf ganze. Der jetzt geltende § 241 des Strafgesetzbuches besagt, daß wer einen anderen mit der Begehung eines Verbrechens bedroht, mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 300 Mark bestraft wird. Die vorgeschlagene Abänderung verlangt, daß derjenige, der durch gefährliche Drohung einen anderen in seinem Frieden stört, mit Gefängnis oder Haft bis zu einem Jahr oder bis zu tausend Mark bestraft werden soll. Wird diese Abänderung Gesetz, müssen die Arbeiter noch größere Vorsicht bei Lohnbewegungen anwenden wie bisher. Eine unbedachte Drohung mit einem Streik könnte als „Friedensstörung“ des „anderen“ angesehen, und mit noch schwereren Strafen, als das bislang unter dem § 153 der GO. möglich war, belegt werden. Der Zentralverband deutscher Industrieller fordert noch als Zusatz: „Siner gefährlichen Drohung im Sinne des ersten Absatzes macht sich auch derjenige schuldig, der es unternimmt, Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Arbeitsstätten, Wege, Straßen, Plätze, Bahnhöfe, Wasserstraßen, Häfen oder sonstige Werkehrsanlagen planmäßig zu überwachen.“ Das kommt einem vollendeten Streikpostenverbot gleich.

Einem solchen Verlangen muß die Arbeiterschaft den entschiedensten Widerstand entgegensetzen. Die praktische Ausübung des ohnehin ungenügenden Koalitionsrechtes wird mit einem Streikpostenverbot unmöglich gemacht. Die Scharfmacher wissen sehr wohl, wo sie den Hebel anzusetzen haben.

Begründen tun sie ihre Forderung mit den Ausschreitungen bei Streiks und Aussperrungen, und dem Ueberhandnehmen sozialdemokratischen Terrorismus. Gewiß! Gelegentliche Uebergriffe bei Lohnkämpfen sind nicht abzuleugnen, niemand bedauert diese aber mehr als wir selbst. Haben diese jedoch einen solchen Umfang erreicht, daß sie einen, wie von den Scharfmachern geforderten Schritt rechtfertigen? Nein, das haben sie nicht. Zudem reichen, wie jederzeit zu beobachten, die bestehenden Gesetzesparagraphen gegen Ausschreitungen absolut aus. Mit der Annahme eines solchen Paragraphen aber würde man die Arbeiter von der heutigen lokalen zur illoyalen Handhabung des Koalitionsrechtes treiben. Ausschreitungen, die man damit verhindern möchte, würden erst recht die Folge sein. Auf die Behinderung derselben kommt es aber den Scharfmachern überhaupt nicht an, ihr Ziel ist ein anderes. Nimmt man den Arbeitern die Möglichkeit, mit angeworbenen Arbeitswilligen in Verbindung zu treten, ist die Macht einseitig, und zwar recht vorteilhaft zugunsten der Unternehmer verschoben.

Leider ist die Klage über den zunehmenden sozialdemokratischen Terrorismus richtig. Wo das enden soll, können wir heute nicht voraussehen. So hat man z. B. dieser Tage in Nürnberg einen unserer Kollegen dreimal hintereinander aus der Arbeit geworfen, der „freie“ Stukkateurbeamte Eger, der davon wußte, hat nichts zu seiner Verhinderung getan, man muß im Gegenteil annehmen, daß es mit seinem Einverständnis geschah. Und es ist auch richtig, daß die sozialdemokratische Presse mit ihrer Heze an manchen bedauerlichen Ausschreitungen nicht unschuldig ist. Be-greift man jetzt, warum Bued seinerzeit in Mannheim erklärte, die christlichen Gewerkschaften seien gefährlicher wie die sozialdemokratischen? Gewiß, sie liefern den Scharfmachern nicht das so sehnsüchtig erwünschte Material für Ausnahme-gesetze zur Knebelung der Arbeiter.

Der Reichstag wird ernstlich die von der Regierung vorgeschlagenen Abänderungsanträge zur Strafgesetznovelle zu prüfen haben. Wir erwarten bestimmt, daß alles vermieden wird, was das Koalitionsrecht der Arbeiter beschränken kann. Die Arbeiter aber müssen sich auch selbst bemühen, Uebergriffe zu verhindern und für eine loyale Ausübung des Vereinigungsrechtes zu sorgen. In diesem Sinne sind alle Mitglieder zu erziehen. Der beste Schutz gegen Verschlechterungen der bestehenden Bestimmungen und gegen Ausnahme-gesetze ist eine starke christlich-nationale Arbeiterbewegung. Wir haben alle Veranlassung, nach wie vor mit ungeminderter Kraft daran zu arbeiten. Hoffentlich versteht man auch in unseren Kreisen den Ernst der Situation und handelt als ernste Männer. Als Teil des großen Ganzen ist unsere spezielle Pflicht, die Stärkung des christlichen Bauarbeiterverbandes.



Stör' nicht den Traum der Kinder,
Wenn eine Lust sie herzt;
Ihr Weh schmerzt sie nicht minder,
Als dich das deine schmerzt.

Es trägt wohl mancher Alte,
Des Herz länget nicht mehr flammt,
Im Anliß eine Falte,
Die aus der Kindheit stammt.

J. Hammer.



Die christlichen Gewerkschaften Oesterreichs.

Die christlichen Gewerkschaften Oesterreichs zeigen heute noch kein einheitliches Bild. Sie befinden sich in einem Zustande der Entwicklung, ähnlich als es in Deutschland neben dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften noch andere christliche Verbände gab, die diesem nicht angeschlossen waren. Heute

kennen wir außer dem Gesamtverband keine solche mehr, sie sind alle verschwunden, weil sie sich ohne Anlehnung an eine große Gesamtbewegung nicht als christliche Organisation halten konnten. Und das ist gut so, weil damit klare Bahnen geschaffen ist. Nächstlich wird es wohl auch in Oesterreich kommen, ob freiwillig in der Vollenbung wie in Deutschland, ist bei dem national so zerrissenen Lande immerhin fraglich. Wohl in keinem Lande der Welt tobt der Nationalitätenhader so gegeneinander wie in Oesterreich. Und auch die Sozialdemokratie hat erfahren müssen, daß die Phrase der internationalen Brüderlichkeit sogar innerhalb eines Staatsweins an der Nationalität und Sprache scheitern kann. Die slawischen Sozialdemokraten Oesterreichs, die früher mit den deutschen Sozialdemokraten in einer Partei und Gewerkschaft vereinigt waren, haben sich abgefordert und bekämpfen sich gegenseitig aufs heftigste. Der Beschluß des internationalen Sozialistenkongresses von Kopenhagen, wonach es in jedem Lande nur eine Partei geben darf, hat sie nicht im mindesten gehindert, das direkte Gegenteil zu tun.

Die christlichen Gewerkschaften Oesterreichs teilen sich heute in zwei Gruppen: Die der Zentralkommission der christlichen Gewerkschaften (in Deutschland Gesamtverband genannt) angeschlossenen Berufsverbände, und die außerhalb stehenden. Letztere gliedern sich wieder in slowenische, tschechische und deutsche Organisationen. Die Zentralkommission ist bei weitem die stärkste, mit 46 553 Mitgliedern. Die tschechische Organisation zählt 26 230, die slowenische 6136 und die deutsche 3433 Mitglieder. Insgesamt zählten somit sämtliche christlichen Gewerkschaften Oesterreichs am Jahresschluß 1910: 82 342 Mitglieder. Ein Mehr gegenüber dem Vorjahr von 5413, dabei ist der Verband der Hausbesorger mit 7000 Mitgliedern nicht mehr in Rechnung gestellt worden.

Die Zentralkommission macht unzweifelhaft Fortschritte. Die der Zentralkommission angeschlossenen Verbände haben sich von 19 auf 22, die Mitglieder um 16 461 in 1910 vermehrt. Besonders bemerkenswert ist der Anschluß des polnischen Gewerkschaftsverbandes. Gelingt es den christlichen Gewerkschaften Oesterreichs, unter Wahrung der berechtigten nationalen Eigenarten, eine einzige große Zentralorganisation für das Reich herbeizuführen, wird ihre Tätigkeit nicht nur eine bedeutend leichtere sein, sie werden auch eine große Zukunft haben. Auch gegenüber den sozialdemokratischen Gewerkschaften können sie einen weit stärkeren Einfluß gewinnen, da diese noch nicht den Vorsprung haben wie in Deutschland, bei Gründung der deutschen christlichen Gewerkschaften. Im übrigen zeigt sich daselbst ein Bild der Entwicklung wie bei uns, bestehende Landesorganisationen gehen in einer auf, das Prinzip der stärkeren Kraft der größeren Masse fordert eben sein Recht. Darüber kommt gesunder Menschenverstand nur schwer hinweg.

Die der Zentralkommission angeschlossenen Verbände vereinbarten in 1910 insgesamt 693 655,93 Kronen (85 Pf. eine Krone), worin sich allerdings 156 910 Kr. Vermögen aus 1909 befinden. Die Einnahmen aus Beiträgen beliefen sich auf 471 315 Kr. Gegen 1909 erhöhte sich die Gesamteinnahme um 61 997 Kr., auf den Kopf des Mitglieds entfielen 11,28 Kr. gegen 10,41 Kr. im Vorjahr. Das Gesamtvermögen erhöhte sich von 156 910 Kr. auf 261 403 Kr.

Die Gesamtausgaben beliefen sich auf 483 771 Kr. Davon entfallen auf Rechtsschutz und Unterstützungen 233 459 Kr., auf Agitation, Verwaltung, Verbandsorgane usw. 250 311 Kr. Für Streikunterstützung wurden 33 596 Kr., für Arbeitslosenunterstützung 37 065 Kr. und für Krankenunterstützung 100 916 Kronen verausgabt. Die angeschlossenen Verbände waren an 155 Lohnbewegungen beteiligt, von denen sie 63 allein und 92 mit anderen Verbänden führten.

Ueber die Ausgaben und Einnahmen der der Zentralkommission nicht angeschlossenen Verbände werden keine Angaben gemacht. Die vorstehenden Ergebnisse zeigen uns, daß die betr. Verbände eine gesunde Entwicklung eingeschlagen haben, die für ihre Zukunft das Beste erhoffen läßt.

Die der Zentralkommission angeschlossenen Verbände verfügen über 14 Gewerkschaftsorgane.

Vom 29. Juni bis 1. Juli fand in Wien der II. Kongreß der christlichen Gewerkschaften Oesterreichs statt. Derselbe besaßte sich mit organisatorischen, taktischen und sozialpolitischen Fragen.

Die Zentralkommission erfährt eine praktische Reformierung. Um die ihr gestellten Aufgaben zu erleichtern, wurde eine Erhöhung der an sie zu leistenden Beitragssummen beschlossen. Außerdem ist jedes Mitglied verpflichtet, vierteljährlich einen Agitationsbeitrag von 10 Hellern zum Agitationsfonds zu zahlen. Der Kongreß wandte sich mit einem Aufruf an die Mitglieder, jetzt mit erneuter Kraft in die Agitation einzusetzen. Darin wird hingewiesen, daß der Aufstieg der Arbeiter ihr eigenes Werk sein müsse, das sei aber nur möglich bei entsprechendem Opfergeist und Mitarbeit.

Die grundsätzliche Ansicht über den Streik ist allen christlichen Arbeiterorganisationen gemeinsam. Er gilt ihnen nur

als letztes Mittel zur Erreichung gerechter und möglicher Lohn- und Arbeitsbedingungen. Leider fehlt es bei den Arbeitgebern sehr oft nicht nur an der notwendigen Einsicht, sondern auch an gutem Willen, so daß Kämpfe unvermeidlich bleiben. Je größer nun die Organisationen sind, desto größer auch die Verantwortung. Kämpfe führen ist aber auch eine sehr ernste Sache, und darum soll man sie nur führen, wenn Aussicht auf Erfolg vorhanden ist. Die gewonnenen Kämpfe den Arbeitern nützen, können verlorenen ihnen ebensoviel schaden. Aus dieser Erwägung heraus besaßte sich der Kongreß mit der taktischen Haltung bei Lohnbewegungen, gab Richtlinien und Fingerzeige, die sich natürlich nur auf allgemeiner Grundlage bewegen können, da fast jede Lohnbewegung anders geartet liegt.

In den Grenzen der gewerkschaftlichen Selbsthilfe endet natürlich nicht das Interesse der Arbeiter. Es geht weit darüber hinaus und wendet sich, wo eben die eigene Ohnmacht sich einstellt, an andere Instanzen. Die gewerkschaftliche Sozialpolitik hat ihren höchsten Ruhm noch nicht erlangt. Was wir jedoch bis jetzt von ihr haben, zeigt uns deutlich, daß sie im „freien Spiel der Kräfte“ eine absolute Notwendigkeit war und ist. Man kann eben nur auf gewerkschaftlichem Wege gewissen Dingen bestimmen und etwas Allgemeines schaffen. Da gewerkschaftliche Sozialpolitik aber nur durch politische Parteien leben und Gestalt empfangen kann, kommt es wesentlich auf die Kenntnis des Notwendigen an. Auch der Kongreß unserer österreichischen Kollegen erhob seine Stimme: Ausbau des Arbeiterlohnes, Ausdehnung der Gewerkschaften, Erweiterung der Kranken- und Unfallversicherung, Schaffung einer obligatorischen Alters- und Invalidenversicherung, Wahrung des Koalitionsrechtes, ein freiwirtschaftliches Vereinsgesetz, Wohnungsfürsorge — wie wir sehen, ein reichlicher Wunschzettel, der wohl nicht ohne Grund den gewerkschaftlichen Vorkämpfern präsentiert wurde. Aus dem Munde des Baugewerkschaftlers, mit dem er diese Fragen behandelte, ist zu schließen, daß er mit Nachdruck das Bestreben zu erreichen trachtet.

So bieten Entwicklung der christlichen Gewerkschaften Leistung und ihr zweiter Kongreß ein erfreuliches Bild. Der Wille zu Macht und Einfluß tritt offensichtlich in die Erscheinung, aus der klaren Erkenntnis, daß sich nur dann die gestellten Aufgaben verwirklichen lassen. Wir haben das Vertrauen zu ihnen, daß sie die gestellten Ziele erreichen.

Katholische Fachabteilungen und christliche Gewerkschaften in 1910.

Sämtliche gewerkschaftliche Organisationen Deutschlands konnten den erheblichen Fortschritten im Jahre 1910 berichten. Die katholischen Fachabteilungen, die auch als gewerkschaftlich gelten wollen, sind dagegen von einem bemerkenswerten Rückschlag betroffen: Ihre sowie so außerordentlich geringe Mitgliederzahl sinkt nicht nur nicht geringen, sondern gewaltigen, ebenso auch ihre Einnahmen und Ausgaben. Um einen Vergleich zwischen den Fachabteilungen und christlichen Gewerkschaften zu ermöglichen, bringen wir eine Uebersicht über Mitgliederzahlen, Einnahmen und Ausgaben von den letzten drei Jahren. Diese betragen:

Katholische Fachabteilungen:

Jahr	Mitglieder	Einnahmen	Ausgaben	Reserven
1908	18000	239633	205648	122286
1909	18480	244670	260070	106887
1910	17180	226829	227026	106689

Christliche Gewerkschaften:

Jahr	Mitglieder	Einnahmen	Ausgaben	Reserven
1908	260700	4391745	3556221	4513409
1909	280000	4612920	3843504	5385338
1910	316115	5490000	4916000	6115710

Die Fachabteilungen sind demnach im Jahre 1910 um 1380 Mitglieder zurückgegangen, die christlichen Gewerkschaften dagegen stiegen um 36 000. Die Einnahmen der Fachabteilungen gingen um 17 841 Mark zurück, und ihr Vermögensbestand blieb ziemlich konstant; die christlichen Gewerkschaften dagegen erhöhten ihre Einnahme um 877 000 Mark und ihren Vermögensbestand um 748 372 Mark. Dabei ist in Betracht zu ziehen, daß es sich bei den Fachabteilungen in der Mehrzahl um ganz kleine Berufsgruppen handelt, die den Verlust doppelt schmerzhaft empfinden.

Nach ihren Angaben haben die Fachabteilungen im Jahre 1910 circa 20 Tarife abgeschlossen. Wenn damit aber gesagt werden sollte, daß sie nun auch die Einleitung dazu gemacht und die Verhandlungen mit den Arbeitgebern geführt hätten, so trifft dies fast gar nicht zu. Fast durchweg alle Verträge waren bereits von den gewerkschaftlichen Organisationen gezeichnet, und schlossen sich später die Fachabteilungen an. Einige schlossen sie ab, während die übrigen Arbeiter im Kampfe standen, so in Triest und Reize bei der Bauarbeiterstreikung. Die Angaben über Tarifabschlüsse seitens der Fachabteilungen sind aber auch noch mit Vorsicht anzunehmen. So berichtet z. B. das Protokoll des 5. Delegiertenkongresses der Baugewerkschaft der Holzarbeiter des Verbandes der Holzarbeiter vom 26. Februar d. J. über einen Tarifabschluß im Jahre 1910:

16. September Tarifabschluß in der Tappelerfabrik, wo ein Streik ausgebrochen, durch Heranziehen der Fachabteilung der Holzarbeiter. D. R. ein Tarif abgeschlossen, aber keine Mitglieder geworben.

Verträge ohne Mitglieder sind natürlich praktisch ohne jede Bedeutung.

Die christlichen Gewerkschaften dagegen schlossen im Jahre 1910 mit Arbeitgebern oder deren Organisationen 255 neue Tarifverträge ab, was Jahresertrag waren sie an 937, darunter die Tarifhistorie der Kaiser, Arbeiter und Bauarbeiter, beteiligt. Bisshierher kann man sich vorstellen, daß die christlichen Gewerkschaften für die christlich-nationalen Interessen nicht vergesslich werden wie durch diese Zahlen, was die Arbeitslosigkeit und Unmöglichkeit der Fachabteilungen beweisen wird.

Die Verluste an Einnahmen und Mitgliedern der Fachabteilungen sind auf die Erhöhung der Beiträge und die Herabsetzung der Unterstützungssätze zurückzuführen. Da

aber die Mitglieder nur eine Unterstützungseinrichtung in den Fachabteilungen erblicken und diese in einer Weise, die mit den „katholischen Grundsätzen“ des Verbandes der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) gar nicht in Einklang zu bringen ist, ausgebeutet haben, mußte natürlich ihr Interesse an ihnen mit dem Moment verschwinden, wo eine Wende eintrat. Diese Wende wurde auf der letzten Generalversammlung der Fachabteilungen zu Weihnachten 1910 herbeigeführt, indem, um die „fachberufliche“ Arbeit mehr zu „fördern“, die Beiträge erhöht und die Unterstützungssätze herabgesetzt wurden. Außerdem wurden schon im vergangenen Jahre die Bezugsbedingungen zur Erlangung von Unterstützungen erheblich erschwert. Das hat sie in Wirken gebracht, die sie heute noch nicht überwunden haben.

Die christlichen Gewerkschaften machen dagegen gute Fortschritte, sie haben die 350 000 Mitglieder bereits überschritten.

Auch der Verband der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin), der Träger der Fachabteilungen, zeigt ein ähnliches Bild der Entwicklung wie diese. Wohl sagt der Bericht des Vorstandes, „die Zahl der Verbandsvereine ist während des Jahres 1910 gestiegen auf 1198“. Dieses „gestiegen“ kann insofern nicht richtig sein, als der Bericht von 1909 schon von „genau 1199 Vereinen“ berichtete. Die Gesamteinnahme des Verbandes in 1910 (Arbeitervereins-, Sterbekassen- und Fachabteilungsbeiträge) sollen 1 223 027,46 M nach den Angaben des Vorstandes betragen haben. Da sich jedoch in dieser Summe 131 517,29 M durchlaufende Posten und 224 497,44 Mark Verbandsvermögen befinden, beträgt die tatsächliche Einnahme 867 012,75 M. Im Jahre 1909 betrug dieselbe 900 796 M, somit ein Rückgang um 33 783 M. Ohne die Fachabteilungen vereinnahmte der Verband 640 183,45 Mark. Diese Einnahme zergliedert sich wieder in Beiträge zu den Arbeitervereinen und den Sterbekassen. Erstere gingen von 280 732 M in 1909 auf 266 260 M in 1910, die Sterbekassen gingen ebenfalls in ihren Einnahmen, wenn auch nur gering, zurück. Da die Sterbekassen den zuverlässigsten Gradmesser der Mitgliederzahlen des Verbandes bilden, so kann das „gestiegen“ um einige hundert Mitglieder nur dann richtig sein, wenn das Wort „hinab“ davorgesetzt wird.

Von den Ausgaben des Verbandes entfallen auf reine Unterstützungen (Sterbeunterstützung und Wohlfahrtseinrichtung für Jugendliche) 168 691,15 M, auf die Verbandsorgane 124 251,09 M und auf Gehälter, Agitation, Verwaltung, Unterhaltung der Arbeiterssekretariate usw. 228 674,30 M.

Der Grund des Rückganges bzw. Stagnation des Verbandes katholischer Arbeitervereine (Sitz Berlin) wird wohl in der Beziehung mit den Fachabteilungen zu suchen sein. Denn im Gegensatz hierzu hat z. B. der Reichsdeutsche Verband katholischer Arbeitervereine im gleichen Zeitraum um 12 000 Mitglieder zugenommen. Von den angeblich 130 000 Mitgliedern ersteren Verbandes haben sich mit Mühe und Kraft trotz 10-jähriger Agitation, und was für welcher, 17 000 den Fachabteilungen angeschlossen. Von den übrigen 113 000 muß angenommen werden, daß sie von diesen nichts wissen wollen. Um diese nun in die Fachabteilungen zu zwingen, verfügte der Delegiertentag des Berliner Verbandes in 1910, daß örtliche Vereine beschließen können, daß Mitglieder, die zu einem von der Fachabteilung des betreffenden Vereins vereinbarten Tariflohne arbeiten, oder alle neuereintretenden organisationsfähigen, den Fachabteilungen beitreten müssen. Man bemüht sich jetzt recht eifrig um die Durchföhrung dieses Beschlusses, aber wo nur der Versuch dazu gemacht wird, geht es eine kleine Revolution ab. Weisens werden dann die Finger davon gelassen. So werden die Fachabteilungen um keinen Schritt vorwärts gebracht, dagegen in die Arbeitervereine Unruhe und Verwirrung hineingebracht. Wird gar der Zutritt zu den Arbeitervereinen von dem gleichzeitigen Zutritt zu den Fachabteilungen abhängig gemacht, ist es um das Wachstum der Arbeitervereine getan. Die Arbeiter erblicken eben in den Fachabteilungen keine wirtschaftliche Interessenvertretung, vielmehr eine kostspielige Zwecklosigkeit. Der Verband der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) wird daher auch mit Zwangsmitteln den Fachabteilungen nicht zu dem so lange inbrünstig erwünschten und bitter aufzutretenden Ansehen verhelfen können, wohl aber kann er sein eigenes Wachstum nachteilig beeinflussen. Um der ideoellen Zwecke der konfessionellen Arbeitervereine halber ist das immerhin zu bedauern. Wir hoffen aber herzlich nicht, daß damit ein Umschwung in der Meinung der leitenden Personen dieses Verbandes herbeigeföhrt werden könnte.

Die Situation ist heute so, daß die Fachabteilungen nach wie vor numerisch nicht in Betracht kommen, auch nicht kommen werden. Auf die Gefaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter haben sie nicht den geringsten Einfluß. Sie befinden sich zudem in einer starken inneren Krise, in die sie auch den Verband der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) mit hineingezogen haben. Die christlichen Gewerkschaften dagegen stehen in innerer Klarheit gesiegt denn je und befinden sich in kräftiger Aufschwung. Die 350 000 sind überschritten, mit frohen Hoffnungen streben sie der ersten halben Million zu.

Rundschau.

Nur mit allergrößtem Widerwillen müssen wir uns wieder einmal mit dem „Arbeiter“, Organ von „Sitz Berlin“ beschäftigen. Bekanntlich wurde unserem Kollegen Eshardt-Dattow wegen als Handlanger, Miß- und Biegenbauer, Esel usw. in einer Besprechung in Hybid beschnitten zu haben. Eshardt hat das als Unwahrheit bezeichnet und richtiggestellt. Sein Verlangen, die Redaktionen der Unwahrheit öffentlich zu nennen, wurde vom Arbeiterssekretär Bull, der sie in die Redaktionen brachte, abgelehnt. Trotzdem also Eshardt die Äußerungen bezweigt, bringt der „Arbeiter“ (Nr. 30 vom 23. Juli) im Anschluß an einen Bericht über die auf unwarren Besprechungen angebrachte Proklamations einer „Katholischen“ Versammlung folgende Fassung:

„Eshardt hatte am 31. Mai in öffentlicher Versammlung in Hybid die katholisch organisierten Arbeiter unter anderem als „Handlanger, Miß- und Biegenbauer, Esel usw.“ beschimpft.“

Ja, existieren denn für den „Arbeiter“ die einfachsten Grundsätze der Wahrhaftigkeit und des journalistischen Anstandes nicht? Hat er nicht zum mindesten die Verpflichtung, seinen Lesern mitzuteilen, daß Eshardt die angeblichen Äußerungen bestritt? Sowohl der „Arbeiter“, als dessen Verantwortlicher Herr Paul Richter zeichnet, wie auch Arbeiterssekretär Bull machen sich zu Mißschulden der sich in die Toga der Anonymität hüllenden Uebersetzer der genannten Unwahrheiten. Der Fehler ist nicht besser wie der Stehler; in diesem Falle handelt es sich um leichtfertige und böswillige Verleumdung zu sehr durchsichtigen Zwecken. Und diese nichtsnutzige, verlogene Kampfesweise wird von Personen geführt, die sich fortwährend als die „besseren Katholiken“ gerieren. Wir verzichten dem „Arbeiter“, wenn uns einmal alle Geduldsfäden reißen, auf eine Kennzeichnung verschiedener Personen geben werden, auf die man für immer denken wird.

Wenn „Sitz Berlin“ glaubt, uns auf solche Weise schädigen zu können, irrt er gewaltig. Diese Pfeile springen immer wieder auf den Schützen zurück. Das ist bisher noch mit all seiner unterirdischen und hinterhältigen Winterarbeit geschehen, davon hat er ja in den letzten Tagen besonders drastische Beispiele erfahren. Anscheinend kann er aber nur davon leben. Zu welchem Zweck z. B. mag wohl Herr Windolph, der neue Verbandssekretär, wie uns von zuverlässiger Seite berichtet wird, seinen Nachfolger im A. R. B. zu B. überwachen lassen? Warum will er sich nicht mehr mit einer summarischen Mitteilung über dessen Äußerungen im A. R. B. begnügen, sondern sie im Wortlaut haben? U. U. v. g.

Sozialdemokratische Terroristen an der Arbeit. Zu Hellbronn a. N. berichten die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter eine schändliche Tat. Zwei beim Eisenerzeiger Jörn beschäftigte Arbeiter traten wegen der immer trauriger werdenden Staats- und christentumsfeindlichen Tendenzen des „freien“ Stützvereinsverbandes aus demselben aus und wurden Mitglieder des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands. Die beiden Arbeiter glaubten in einem Rechtsstaate zu leben, dessen Bürger sich in dem gegebenen Rahmen frei betätigen können. Aber weit gefehlt. Wir haben zwar wohl einen Rechtsstaat, aber auch eine Sozialdemokratie, die auf Staat, Recht und Freiheit pfeift, wenn ihr das gerade in den Kram paßt. Die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter verlangen die Entlassung der christlich-nationalen Arbeiter unter Androhung der Arbeitsniederlegung. Der Arbeitgeber ging leider unter dem Druck der Beschäftigten auf diese Forderung ein. Von den Entlassenen war einer 15 Jahre bei ihm beschäftigt. Ist es nicht traurig, daß so etwas passieren kann? — Wenn die Heilbröner „Genossen“ aber glauben, mit solch schmutzigen Waffen den Vormarsch der christlichen Gewerkschaftsbewegung aufhalten zu können, dann sind sie auf dem Holzwege. Jetzt erst recht an unserer christlich-nationalen Arbeiterorganisation festhalten, war die Lösung der vor einigen Tagen stattgefundenen Versammlung der Reichsstelle des christlichen Bauarbeiterverbandes. Daß die christlichen Gewerkschaften ihre Mitglieder gegen den roten Terror zu schützen müssen, ist selbstverständlich, und daher braucht sich kein Arbeiter vor den „Genossen“ zu fürchten. Die roten Heiden aber werden sich noch an anderer Stelle zu verantworten haben.

Der internationale Arbeitsmarkt. Nach der „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ ist ein ziemlich kräftiges Anwachsen der gewerblichen Arbeitslosigkeit in allen Subkontinenten im laufenden Jahre zu beobachten. Durchweg sinkt die Zahl der Unbeschäftigten; überall nehmen die Lohnbewegungen zu, so daß eine Verbesserung der Gesamtlage des internationalen Arbeitsmarktes nicht zu verkennen ist. Zwar sind wir über den Grad der Besserung in den einzelnen Ländern noch wenig unterrichtet, aber es ist als ziemlich wahrscheinlich zu vermuten, daß der wirtschaftliche Aufschwung in Deutschland die Kernwertung der Arbeitskraft im laufenden Jahre mehr begünstigt hat als in anderen Ländern. Zu keinem anderen Lande war die Nachfrage nach Arbeitskräften auch nur annähernd so stark wie hier. Die Besserung des Arbeitsmarktes in England hat im Juni einer Abschwächung Platz machen müssen, die zwar nur vorübergehender Natur sein dürfte, aber doch die Gesamtbesserung des ersten Semesters erheblich beeinträchtigt. Die Arbeitslosenziffer, die im Mai 2,5 Prozent betrug, stellte sich für den Juni auf 3, nachdem sie seit Januar von Monat zu Monat zurückgegangen war. Die Geschäftslage hat sich im Baugewerbe, im Schiffbau und in der Textilindustrie ungünstig verändert. In London hat die Bauaktivität im Juni ganz auffallend nachgelassen; bei den an das Arbeitsamt berichtenden Firmen waren 10,7 Prozent weniger Arbeiter beschäftigt als im Mai. Im Schiffbau liegt die Arbeitslosigkeit von 2,7 Prozent im Mai auf 3,8 Prozent im Juni. In den verschiedenen Distrikten ist die Lage sehr ungleichartig; die Arbeitslosenziffer geht bis auf 14,8 Prozent hinauf. Von den verschiedenen Zweigen des Textilgewerbes ist es vor allem die Baumwollindustrie, die ein Nachlassen des Geschäftsganges zeigt, doch keineswegs in dem Grade, wie man nach den Stimmungsberichten hätte erwarten sollen, die im Juni durch die Presse gegangen sind. Die Arbeitslosenziffer hat gegen Mai um 0,2, die Lohnsumme allerdings um 3,3 Prozent abgenommen. Bei der Beurteilung der Lage des Arbeitsmarktes in England während des Monats Juni ist indes die Einwirkung der Rückgangstendenzen zu beachten, die zwar nicht die gesamte Abschwächung, aber doch einen Teil erklären. Im Gegensatz zu England lauten die Nachrichten aus den Ver. Staaten von Amerika für den Juni sehr günstig. Ist es bei dem Mangel einer zentralen Arbeitsmarktberichterstattung auch schwer, ein zusammenfassendes Bild zu geben, so läßt sich doch aus den Einzelberichten die durchgehende Besserung im laufenden Jahre deutlich erkennen. Die Bauaktivität ist in der zunehmenden Begriffe, die Verarbeitung von Eisen und Metallen, die Förderung von Kohlen ist lebhafter als im Vorjahre, das Bekleidungs- und Textilgewerbe, die verschiedenen Branchen der Nahrungsmittelindustrie sind gut beschäftigt und auch im Textilgewerbe ist die Situation im großen und ganzen nicht unbefriedigend. Die gewerbliche Arbeitslosigkeit ist fast zurückgegangen, während in den Ackerbauangehörigen die Nachfrage nach Arbeitern sehr stark zunimmt. Mit großer Spannung sieht man dem Ausfall der Getreide-, der Baumwoll- und der Tabakernte entgegen, da diese Ernten den Bedarf industrieller Erzeugnisse für die kommende Saison sehr stark bestimmen. Von den anderen, für das Getreide der Weltmarktwirtschaft weniger wichtigen Ländern kann man sagen, daß sie meist ebenfalls über steigende Arbeitslosigkeit berichten. So ist der Beschäftigungsgrad in Frankreich und Belgien erheblich günstiger als im Vorjahre, und er in der Schweiz und in Oesterreich-Ungarn teilweise zu wünschen übrig läßt. Sedenfalls W

aber das Gesamtgepräge des internationalen Arbeitsmarktes günstiger als je in einem Jahre seit 1907. Zwar stand nur das Jahr 1908 im Zeichen einer völligen und allgemeinen Depression; von 1909 ab zeigten sich schon wieder die Anzeichen der beginnenden Erholung, die aber sich noch keineswegs überall durchsetzte, und die auch 1910 noch nicht soweit vorgeschritten war, daß das Gesamtbild schon als schattenlos hätte bezeichnet werden können.

Eine „Due'sche“ Fuchsbredigt. Die Tatsache, daß der frühere Vorsitzende des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter wieder an dessen diesjähriger Generalversammlung teilnahm und Generalsekretär Siegerwald in der Begrüßungsansprache erklärte, die ehemalige rücksichtslose Kampfweise Bruffs sei bei dem Charakter der Sozialdemokratie als bezeichnend für die Moral in christlichen Gewerkschaftslager hingestellt.

Der „Stuttbauer“ hat seine „Schuldigkeit getan“. Auf dem 17. und folgenden Tage in Dresden stattgefundenen Generalversammlung des angeblich „freien“ und „neutralen“ Stuttbauerverbandes wurde von verschiedenen Delegierten gefordert, die Mitglieder durch das Verbandsorgan, den „Stuttbauer“, mehr wie bisher „im Sinne des Sozialismus zu erziehen“.

Das ist der Wahrheit doch wenigstens die Ehre gegeben. Um so weniger darum für uns verständlich, warum sich das nämliche Organ gelegentlich damit abschnidet, politisch und religiös als neutral zu gelten. Unsere Auseinandersetzung mit dem „Stuttbauer“ im vergangenen Frühjahr, die für diesen mit einer vollendeten Niederlage und Blamage drastischer Art endete, drehte sich zum Teil doch auch um diesen Punkt.

Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperri sind: Dorkmar (Streik der Maurer), Düsseldorf, die Firma Jensen für Zimmerer, Berlin (Schleuder), die Firma Althaus, Adersitz, Essen (Küchenleger) Sperre über die Essener Baumaterialien, Vertriebsgesellschaft Range u. Comp., Glin, für Plattenleger die Zwischenrichter Geschen, Tirscheureuth (Streik der Zimmerer), Laubach (Streik der Zimmerer), Badginghausen (Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter), Fischbach, Pfalz (Sperre über den dortigen Holzmenschen), Gelsenkirchen (Küchenleger, Sperre über die Firma Stolze wegen Nichterhalten des Tarifs). Zugung ist fernzuhalten.

Wahrung! Dortmund. Der Arbeitsnachweis der Unternehmer in Dortmund ist gesperri. Zureisenden oder arbeitslos werdenden Kollegen wird Arbeit auf unserem Bureau, Westerbleichstraße 64, nachgewiesen.

Stuttgart (Stuttbauer). Am 26. April d. Jz. gelang es endlich, auch in Siegen eine Zählstelle der Stuttbauer zu errichten. Da die Zahl der im hiesigen Gebiet beschäftigten Stuttbauer nicht groß ist, und diese in der weiteren Umgebung beschäftigt werden, stellt es sich sehr schwer, eine Versammlung zusammenzubringen. Dennoch ist es gelungen, einen größeren Teil derselben zu gewinnen, und heute können wir bereits berichten, daß die geleistete Agitationsarbeit für die Kollegen von Erfolg gewesen ist. Anstelle der bisher vollständig ungerichteten Forderungen

und Arbeitsbedingungen wurde am 17. Juli mit den Stuttkateuremeistern ein Tarifvertrag abgeschlossen. Der Vertrag enthält in der Hauptsache folgende Bestimmungen: 1. Die Arbeitszeit beträgt vom 1. August 1911 bis 31. März 1912 10 1/2 Stunden, ab 1. April 1912 bis 31. März 1913 10 Stunden. 2. Der Stundenlohn beträgt für Stuttkateure vom 1. August 1911 bis 31. März 1912 63 Pf., ab 1. April 1912 bis 31. März 1913 66 Pf. Die Lohnsteigerung beträgt in den beiden Vertragsjahren 6 Pf. pro Stunde. 3. An Aufschlägen wurden für Leberstunden 25 Prozent, für Nacharbeit 50 Prozent und Sonntagsarbeit 100 Prozent vereinbart. Für auswärtige Arbeiter wurden besondere Regelungen getroffen. 4. Die Lohnzahlung erfolgt vom nächsten Jahre an freitags. 5. Der Vertrag gilt bis zum 31. März 1913.

Wogilno. Am 21. Mai d. J. wurde hier die Zählstelle gegründet. Von 21 Mitgliedern ist dieselbe heute auf über 120 gestiegen. Am nun auch hier die tief darüber liegenden wirtschaftlichen Verhältnisse zu verbessern, wurde am 30. Juni den Arbeitgeber nachstehende Lohnforderung eingereicht: 1. Einführung der 10stündigen Arbeitszeit, 2. an Lohn 1911 für Maurer- und Zimmerergesellen 47 Pf. pro Stunde, 1912: 49 Pf.; für Bauhilfsarbeiter 1911 bis 1912 35 Pf. Stundenlohn. Da die Arbeitgeber Mitglieder des Arbeitgeberbundes sind, mußte die von uns einberufene erste Sitzung am den 12. Juli vertagt werden, wo in Gegenwart des Herrn Adler eine Verhandlung stattfand. Die Arbeitgeber lehnten es zunächst ab, mit den Arbeitern einen Vertrag abzuschließen, ferner lehnten sie den Einheitslohn ab und bestanden auf Staffellohn. Um die Verhandlung nicht scheitern zu lassen, erklärten wir uns mit dieser Lohnform einverstanden. Betreffs der Lohnhöhe konnte auch keine Einigkeit erzielt werden, da die Arbeitgeber nach längerem Verhandlungen uns für 1911: 41-43 Pf. und für 1912: 43-45 Pf. boten; mehr zu zahlen, seien sie nicht in der Lage, da jetzt alle Bauten abgeschlossen sind. Am Freitag, den 14. Juli, nahm eine stark besuchte Versammlung Stellung zu dem Angebot der Arbeitgeber und lehnte dieses ab, beauftragte aber gleich die Lohnkommission, sofort Schritte zu unternehmen, daß zu Montag, den 17. Juli, eine zweite Verhandlung stattfindet. In einer Resolution wurde gefordert, daß der Stundenlohn um einen Pfennig höher sein müsse, wie er in Pabitz gezahlt wird (das hier 43-46 Pf.). Die Verhandlung am Montag fand im Einverständnis beider Parteien unter dem Vorsitz des Herrn Bürgermeisters statt, welcher mit großem Geschick die Verhandlung leitete. Es wurde durch Schiedsspruch folgender Lohn festgesetzt: 1911 für Maurer und Zimmerer: 42-45 Pf. und 1912: 43-46 Pf. Stundenlohn. Die Erhöhung des Lohnes tritt in diesem Jahre sofort und 1912 am 1. April in Kraft. Bei Landarbeit werden 2 Pf., bei Wasserarbeit 5 Pf. Zuschlag gezahlt. Einen Tarif für Bauhilfsarbeiter abzuschließen, lehnten die Arbeitgeber vorläufig ab. Auf das energische Protestieren der Arbeitervertreter hin erklärten sie sich dazu bereit, daß am 1. September erneut eine Verhandlung stattfinden soll, wo auch für Bauhilfsarbeiter ein Tarif abgeschlossen werden wird. Es ist ein schöner Erfolg, welchen die Arbeiterchaft erzielt hat, wenn man berücksichtigt, daß die Kollegen erst seit 8 Wochen organisiert sind. Dieser Erfolg war nur möglich, weil alle geschlossen im Zentralverband christlicher Bauarbeiter organisiert waren.

Pabitz. Dem Unternnehmer Strowski scheint es sehr schwer zu fallen, den bestehenden Tarifvertrag einzuhalten. Derselbe sieht eine 10 1/2stündige Arbeitszeit vor, sowie ab 1. Juli d. J. eine Lohnzulage von 1 Pf. Strowski verlangte nun von seinen Gezeiten - unter Androhung sofortiger Entlassung - 11 Stunden zu arbeiten. Er begründet das damit, da er sonst die Arbeitszeit für Hilfsarbeiter, Befehlshaber und Postere ebenfalls verkürzen müsse. Auch glaubt er damit der Lohnerrhöhung entgegen zu können. Die jährliche Aufforderung der Bezirksleitung unseres Verbandes, die Bestimmungen des Vertrages einzuhalten, beantwortete er mit Beleidigungen gegen uns. Wir wandten uns daraufhin an den Vorsitzenden des Einigungsamtes. Strowski, der ja nun eine öffentliche Blamage befürchtete, versuchte dem zuzukommen. Er bestellte sämtliche Maurer auf sein Bureau. Die Aufnahme war eine über alles freundliche. Jeder erhielt einen Stuhl angeboten und eine Zigarre in die Hand gedrückt. Die Frau Meisterin sorgte für Feuer und leistete recht nette Gesellschaft. Unsere Kollegen dachten, was soll denn das alles eigentlich bedeuten? Dann wurde die Kasse aus dem Saal gelassen. Strowski legte den Kollegen ein Schriftstück vor, wonach sie sich verpflichten sollten, freiwillig länger zu arbeiten, um mehr zu verdienen. Aus dem Saalpflichten kam auch gleich die Krake: Würden sie nicht unterschreiben, lasse er alle Bauten still liegen. Die Kollegen waren zu verbündet, daß sie mit zitternder Hand unterschrieben. Die Nachricht davon ging sofort durch die ganze Stadt und des abends um 10 Uhr fand bereits eine Vorstandssitzung unserer Ortsgruppe statt, die sich damit befaßte, was nun mit Herrn Strowski zu tun sei. Da die Unterschriften mit Gewalt erzwungen seien, auch dem Tarifvertrag widersprechen, konnten sich die Kollegen nicht als daran gebunden erachten, und würden nach wie vor nicht länger wie 10 1/2 Stunden arbeiten. Der Vorsitzende des Einigungsamtes nahm hierauf mit Strowski Rücksprache, der ihm in sanfter Tonart versicherte, er werde keinen, der früher Feierabend mache, deswegen entlassen. Auch werde er den 1 Pf. ab 1. Juli nachzahlen. Der Einigungsamtsschiedsverfahren betrachte damit unsere Frage als erledigt und fand die Sitzung nicht statt. Unsere Kollegen nahmen davon Kenntnis und verpflichteten sich, den Tarifvertrag in allen seinen Teilen voll und ganz zur Durchführung zu bringen. So schloß die Kampagne mit Herrn Strowski. Daraus kann man ersehen, in welcher frivolen Weise Tarifverträge zu umgehen versucht werden, und wie man die Arbeiter obendrein zu vergewaltigen sucht. Nun fehlen noch Baubuden und Verbandskosten. Vielleicht wird sich der Arbeitgeberbund der Provinz Posen, und speziell Herr Dr. Adler, seiner traurigen Tarifverträge einmal annehmen und sie dahin befehlen, daß einmal abgeschlossene Tarifverträge unter allen Umständen eingehalten sind. Achtliche Wanderer beginnen auch bereits in Wogilno, wo der Tarifvertrag kaum einige Tage abgeschlossen ist. Vielleicht wird Herr Dr. Adler sich auch hier darum bemühen, daß die 10 1/2stündige Arbeitszeit eingehalten wird.

Verbandsnachrichten.

Wir machen die Kollegen in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 30. Juli, der zehnte und zwanzigste Wochenbeitrag fällig ist.
Maurer. Dortmund, 22. Juli. (Verwaltungsstelle Dortmund.) Das erste Halbjahr 1911 liegt hinter uns. Wir wollen ihm daher

einen kurzen Rückblick widmen. Unser Verbandsorgan war in dieser Zeit so gehalten, daß auch der Gleichgültigste aufgeweckt wurde zur Mitarbeit für unsere Organisation. In unserer Verwaltungsstelle herrschte ein reges Leben, war es uns doch möglich, im ersten Quartal (Januar bis April) 347 Neuaufnahmen zu machen, ferner waren 30 Uebertritte aus gegnerischen Verbänden zu verzeichnen. Im zweiten Quartal ist der Erfolg noch ein größerer. Gelang es uns doch, in dieser Zeit 661 neue Mitglieder zu gewinnen, ohne 40 Uebertritte aus sozialdemokratischen Verbänden. Die Zahl der zahlenden Mitglieder stieg im zweiten Quartal von 1900 auf 2500.

Die Gesamtsumme im zweiten Quartal betrug 22 088,25 Mk. Kollegen, diese Erfolge zeigen, daß auch wir an der Entwicklung unseres Verbandes regen Anteil genommen haben. Es ist nun die Frage aufzuwerfen, wem ist dieser Erfolg zu verdanken? Dieser Erfolg besteht darin, daß unsere Vertrauensmänner, Baulegitimierten, Vorstandsmitglieder und Freizeitselten Hand in Hand gearbeitet haben. Wo so ein einmütiges Zusammenarbeiten am Platze ist, gibt es keine Schwierigkeiten, die nicht zu überwinden sind. Darum wollen wir an diesem Zusammenarbeiten festhalten und nicht auf den Erfolgen jetzt ausruhen; nein, die Vergangenheit hat uns gezeigt, wenn wir nur wollen, dann läßt sich noch vieles erreichen. Im zweiten Halbjahr wollen wir besonderen Wert darauf legen, daß die nun einmal Gewonnenen auch unserer Organisation treu bleiben. Ferner müssen wir uns mehr wie bisher den Spezialberufen widmen. Dann wird das zweite Halbjahr uns noch größere Erfolge bringen. Darum ruft auch Vertrauensmännern und Baulegitimierten zu: Vor die Front! H. Petri.

Bielefeld. Am Sonntag, den 16. Juli, tagte im Verbandslokal unsere Mitgliederversammlung. Die Tagesordnung lautete: 1. Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung, 2. Anträge zur Generalversammlung, 3. Sozialdemokratische Vertretung, Punkt 1 erledigte sich dadurch, daß der Vorsitzende Kollege Weisheit als Delegierter aufgestellt wurde. Zu Punkt 2 wurde ein Antrag von der Verwaltung eingebracht, den § 26 des Statuts, betreffs Krankenunterstützung, dahingehend abzuändern, daß die Unterstützung schon mit 40 Wochenbeiträgen, resp. einjähriger Mitgliedschaft, auszubezahlt wird. Während der Krankenunterstützung aber die vollen Wochenbeiträge geleistet werden müssen. Dieser Antrag fand einstimmige Annahme, und wurde derselbe dem Hauptvorstand zur Generalversammlung überwiesen. Zu Punkt 3 nahm der Vorsitzende das Wort. Vom Zweigverein Bielefeld des sozialdemokratischen Maurerverbandes werden immer und immer wieder Versuche unternommen, unsere Verwaltungsstelle mit Stumpf und Stiel auszurufen. Dieses ist bis jetzt aber nicht gelungen, deshalb auch die vielen Terrorismussfälle, womit unsere Kollegen zu rechnen haben. Der Gipfelpunkt des Terrorismus wurde aber vorige Woche von zwei rot organisierten Maurern auf der Baustelle Preß u. Ziehwerk in Bradwebe erreicht. Dasselbst arbeiten drei Kollegen unseres Verbandes. Als die „Genossen“ erfuhr, daß diese drei Kollegen organisiert waren, wurde sofort die Schraube angezogen. Es wurde unseren Kollegen vorgelogen, im Bielefeld wäre kein christlicher Verband, und die Bielefelder Baumunternehmer täten nur „frei“ organisierte Maurer beschäftigen. (Welche Freie!) Die drei Kollegen waren fremd zugezogen und kannten die Bielefelder Verhältnisse nicht, so glaubten sie den „Genossen“ und gaben ihre Verbandsbücher ab, resp. sie wurden ihnen abgezungen. Der Poster, welcher zugleich Vorstandsmitglied ist von unserm Verband, bekam davon Wind und Härte natürlich sofort unsere Kollegen auf. Diesem verlangten ihre Bücher zurück, weil sie ja schließlich von den „Genossen“ bezogen worden waren. Der Vorsitzende unseres Verbandes nahm sich sofort der Sache an und forderte ganz energisch die Bücher zurück. Statt nun mit dem Vorsitzenden über diese Sache zu reden, wurden allerhand Mäuschen gegen uns vorgebracht. Als die „Genossen“ sahen, daß sie an den Leutchen gewonnen waren, wurde derselbe mit Fingerringen bedroht; ja, ein vortugener Freizeitskämpfer drang auf den Vorsitzenden mit einem halben Gerüst ein, mit den Worten: „Du Salunk, mach, daß du vom Bau herunter kommst, sonst schlag ich dir den Schädel ein“. Nur der Umsicht des Bedrohten ist es zu danken, daß der „Genosse“ in seiner Wut gestift wurde. Nicht genug hiermit, gingen diese Kämpfer bei der Weiterbegegnung auch gegen unsere anderen drei Kollegen tätlich vor, wurden aber hieran durch den Poster gehindert. Wahrheit, Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit sind goldene Worte, aber niemals kann man diese bei den sozialdemokratischen Verbänden finden. Dieses Geldstück wird ein gerichtliches Nachspiel haben, was auch Bezirksleiter Kollege Berner, der in der Versammlung anwesend war, befürwortete. Die Bücher sind bis jetzt nicht zurück-erstattet, trotzdem der Lokalbeamte Schütter sofort in Kenntnis gesetzt wurde. Mit einem warmen Appell an die Kollegen wurde die Versammlung geschlossen.

Birkenriede (Göthefeld). Unser Verband hat am hiesigen Orte stets einen guten Stamm Mitglieder zu verzeichnen gehabt, die meistens im Sommer in Westfalen arbeiteten. In diesem Jahre sind wir nun in der Lage, eine dauernde Zählstelle zu haben, hauptsächlich auf länger. Auf dem Obererfeld ist die Konjunktur sehr gut, besonders wird diese durch den Bau von Kalkschächten und durch den Bau der Bundesfestanlage bei Wülfhausen in Thüringen belebt. Auf dem letzteren Bau arbeiten von hier circa 25 Kollegen, auch einige aus anderen Orten des Göthfeldes. Es hat manchen harten Kampf mit den „Genossen“ abgesehen. Die Wülfhäuser haben aber einsehen müssen, daß die Christlichen sich nicht so leicht unterkriegen lassen. Zu bedauern ist nur, daß aus Göthfeld einige Kollegen sich dem Druck der „Genossen“ fügten, hätten diese sich etwas mannhafter gezeigt, so hätten sie den „Genossen“ auch den Terrorismus austreiben können. Auch aus einigen Orten, wo die „Berliner“ Ideen verpflanzt werden, sind gerade solche, die diesen Arbeitervereinen angehören, den „Genossen“ zugefallen. Am Dienstag, den 18. Juli, hielten wir eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, zu der auch Kollege Zumbrod (Hannover) erschienen war. Derselbe sprach in einer einstündigen Vorrede über die gegenwärtige Lage der Gewerkschaften. Er schilderte die Stännde der Gegner, besonders der „Genossen“ und Sacharbeiter gegen uns, daß sich die christlichen Gewerkschaften trotzdem gut entwickelt haben. - Auch hier haben wir 15 Neuaufnahmen zu verzeichnen und stehen uns noch einige in Aussicht. - Neben wies auch auf die Erfolge der Reichsvereineungsordnung hin. Im weiteren Punkte der Versammlung wählten wir den Vorstand. Als Vorsitzender wurde Kollege Werno Günther, als Kassierer Karl Klaus und als Schriftführer Kollege Engelbert Kirchner gewählt. Als Hausstatter meldete sich Kollege Christoph Thor freiwillig. Alles in allem war die Versammlung von gutem Geist getragen, und geht uns dieselbe die Gewähr für eine gute Weiterentwicklung Kollegen arbeitet alle mit.

Bonn. (Stuttbauer.) Am Sonntag, den 9. Juli, fand bei Wirg eine Mitgliederversammlung statt, zu welcher auch Kollege Lange erschienen war. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal, 2. Tarifabschluß, 3. Agitation, 4. Ergänzungswahl des Vorstandes, 5. Verschiedenes. Zu Punkt 1 legte Kassierer Luth die Abrechnung vom 2. Quartal, das Sparkassenbuch, Marken und Gelder vor, alles wurde geprüft, die Ordnung befunden und dem Kassierer Entlastung erteilt. Zu Punkt 2 „Tarifabschluß“ besprach Kollege Lange unsere reichlich erledigte Lohnbewegung und die Folgen, die sich für uns

daraus ergeben. Da die Konjunktion in Bonn im Städtewerbe...

Bezirk Frankfurt a. M. Am 2. Juli tagte in Frankfurt...

Gesamttagung. Am Sonntag, den 17. Juli, fand hier eine...

Haus unteren christlichen Verbänden. Jedes Jahr christlicher Malerverband...

Wirtschaftspolitikern Schöppel, Falber und Schulz anerkannt...

Die am 16. Juli im Saale der Witwe Baumeister tagende...

Samm. 10. Juli. (Terrorismus.) Die Unzulfsamkeit...

Wermelskirchen. (Öffentliche Gewerkschaftsversammlung.)...

Haus unteren christlichen Verbänden. Jedes Jahr christlicher Malerverband...

Verband ist sie gelungen, er brachte seinen Mitgliedern die...

Der christliche Holzarbeiterverband hat im zweiten Viertel...

Von den Arbeitsstellen.

Wochm. Zu letzter Zeit mußten wir leider über eine ganze...

Dauzig. Am Montag den 17. Juli sollten die auf dem Bau...

Quisburg-Nendorf. Am dem Neubau der Hofstraßengasse...

Briefkasten.

L. Arndt. Södingen. Ueber den von Dir gemeldeten Unfall...

Bekanntmachungen.

Aufforderung! Wer den Aufenthalt des Maurers Heinrich Sonntag...

Achtung! Verbandspapiere und Gejellenbrief des Kollegen Jos. Grogahn...

Als verloren wird gemeldet die Buch-Nr. 85456, lautend auf...

Stirbetafel.

Am 14. Juli starb unser Kollege Aug. Sartmann...

Am 16. Juli starb unser langjähriger treuer Kollege...

Am 16. Juli starb unser Mitglied Anton Rünne nach...

Am 21. Juli starb unser Mitglied Ulrich Wüst...

Am 21. Juli starb unser Mitglied Ulrich Wüst...